

Ausgabe 50, 16. Mai 2008

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Brandenburg schrumpft weiter - vor allem in den Randregionen Das Bundesland dürfte bis 2030 rund 350.000 Einwohner verlieren.

[weiterlesen](#)

"Man müsste die Bildungsfinanzierung auf den Kopf stellen" Interview mit Dr. Anne Overesch, Expertin für deutsche und finnische Schulpolitik

[weiterlesen](#)

Weltweit sinkt die Kinderzahl pro Frau langsamer als erwartet Einige Länder Afrikas verzeichnen sogar einen leichten Fertilitätsanstieg

[weiterlesen](#)

Deutsche Eltern-Rollenbilder ändern sich Taugt Frankreich als familienpolitisches Vorbild?

[weiterlesen](#)

Auf einen Blick Wohin öffentliche Entwicklungshilfegelder fließen

[weiterlesen](#)

Brandenburg schrumpft weiter - vor allem in den Randregionen Das Bundesland dürfte bis 2030 rund 350.000 Einwohner verlieren.

Laut aktualisierter Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg, die vom Landesamt für Bauen und Verkehr und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg herausgegeben wird, nimmt der Bevölkerungsrückgang weiter seinen Lauf - und er beschleunigt sich sogar noch. Gegenüber dem Jahr 2006 wird Brandenburg demnach bis 2030 rund 14 Prozent seiner Bevölkerung verlieren - vor allem aufgrund hoher Geburtendefizite. Diese lassen sich nicht nur auf eine geringe Fertilitätsrate zurückführen, sondern vor allem auch auf das Fehlen potenzieller Mütter (und Väter). Dieses Phänomen wird sich noch verstärken, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre bald schon in das Familiengründungsalter kommen.

Zwei strukturelle Veränderungen gehen mit dem Schrumpfen der Bevölkerung einher: Zum einen eine starke Verschiebung innerhalb der Altersstruktur. Das heißt, gut jeder Dritte (35,8

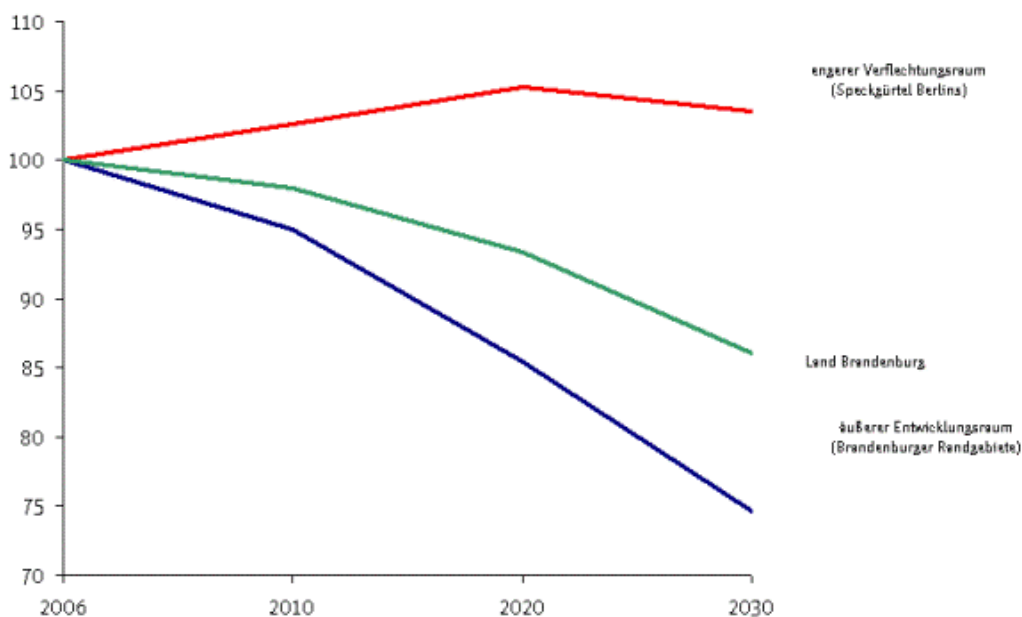
Prozent) wird im Jahr 2030 älter als 65 Jahre sein - 2006 war es noch jeder Fünfte (20,7 Prozent). Diesem Wachstum bei den Älteren steht ein enormer Rückgang bei den 15- bis 45-Jährigen gegenüber. Ihr Anteil an der brandenburgischen Gesamtbevölkerung wird im Jahr 2030 auf 25 Prozent zurückgehen, während er 2006 noch bei rund 40 Prozent lag. Damit schrumpft gerade jene Bevölkerungsgruppe rasant, die für die Finanzierung der gegenwärtigen (und zukünftigen) Sozialsysteme dringend notwendig wäre.

Zum anderen verstärkt sich die Konzentration der Bevölkerung im Berlin nahen Raum. So kann das Umland der Hauptstadt, das nur 15 Prozent der Brandenburgischen Landesfläche umfasst, sogar mit leichten Bevölkerungszuwächsen rechnen (um etwa vier Prozent), wohingegen in den peripheren Räumen von einem Rückgang von 25 Prozent ausgegangen werden muss. Dort wo der Schwund bis heute am stärksten war, wird er sich also künftig noch ausdehnen - denn dem so genannten äußeren Entwicklungsraum werden bis 2030 etwa 390.000 Einwohner verloren gehen. Der größte Teil von Brandenburg hätte dann nur noch eine Bevölkerungsdichte wie heute Afghanistan. Dafür werden im Jahr 2030 rund 48 Prozent der Brandenburger im Berliner Umland leben.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg bis 2030

(Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg)

Bevölkerungsveränderung
2006 = 100



Weil die Lebensbedingungen in den peripheren Regionen des Landes Brandenburg seit Jahren schwieriger werden, haben vor allem jungen Menschen diese Gebiete Richtung Berlin oder Westdeutschland verlassen. Das führt zu einer starken Überalterung und zu weiter rückläufigen Neugeborenenzahlen. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen ist damit programmiert und die Versorgung der Regionen mit einer angemessenen Infrastruktur wird immer aufwändiger.

In allen diesen Punkten ist ein sich weiter verschärfender Prozess des Schrumpfens zu erkennen. Gerade die neue Verteilung in der Altersstruktur stellt dabei vor allem die entlegenen Regionen vor zum Teil noch nicht zu ermessene Herausforderungen. Ein im letzten Jahr vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in der Öffentlichkeit stark diskutiertes Gutachten zum demografischen Wandel in Brandenburg hat sich mit eben diesen Herausforderungen beschäftigt. Angesichts der prognostizierten Entwicklung erweisen sich die Vorschläge des Berlin-Instituts als umso dringlicher.

Unter anderem sollten den betroffenen Kommunen wesentlich mehr Entscheidungsmöglichkeiten (etwa bei der Gestaltung der Schulen) eingeräumt werden, damit sie mit eigenen Ideen dem demografischen Wandel begegnen können. Nur so lässt sich ein kreativer Wettbewerb zwischen den betroffenen Gemeinden und Regionen schaffen, um herauszufinden, wer von ihnen langfristig überhaupt eine Überlebenschance hat.

Bisher hat die brandenburgische Landesregierung im jüngst verabschiedeten Sozialpaket lediglich in Ausnahmefällen kleinere Klassenstärken als bisher üblich zugelassen, um den fortwährenden Schulschließungen Einhalt zu gebieten. Die neuen Zahlen belegen jedoch, dass ein massiver Rückgang der Schülerzahlen im größten Teil des Bundeslandes längst der Normalfall ist und dass die gesamte Infrastruktur weit stärker als bisher auf diese Veränderungen angepasst werden muss.

Denn weder eine flächendeckende Infrastruktur noch alle überalterten und schrumpfenden Kommunen werden sich angesichts der dramatisch rückläufigen Einwohnerzahlen auf Dauer halten können. Ökologisch interessante Naturräume werden sich dadurch zwangsläufig vergrößern.

Literatur/Links

[Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg. Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages.](#)

[Amt für Statistik Berlin-Brandenburg \(Hg.\) 2008: Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2007-2030.](#)

"Man müsste die Bildungsfinanzierung auf den Kopf stellen"

Interview mit Dr. Anne Overesch, Expertin für deutsche und finnische Schulpolitik



Anne Overesch, geboren 1979 in Münster, ist Autorin des Buches "[Wie die Schulpolitik ihre Probleme \(nicht\) löst. Deutschland und Finnland im Vergleich](#)". Aktuell arbeitet sie bei der Neuen Osnabrücker Zeitung als Politikredakteurin.

Sie sind Expertin für den Vergleich der deutschen Schulpolitik mit der des Pisa-Siegers Finnland. Was macht Ihrer Meinung nach den Erfolg der finnischen Schülerinnen und Schüler aus?

Das Erfolgsrezept der Finnen findet man weniger auf Schulebene. Man kann zwar auf die einheitliche Schulstruktur schießen, auf die Gemeinschaftsschulen oder auf die vielen Krankenschwestern und Sozialpädagogen, die es in den Schulen gibt. Zusammengemischt wird dieses Rezept aber in den Ministerien, im Parlament und in der Schulbehörde. Dort findet sich ein viel umfassenderer Ansatz von Schulpolitik, als es in Deutschland der Fall ist. Kernpunkt dieses Ansatzes ist, dass man versucht, jeden einzelnen Schüler auf ein möglichst hohes Niveau zu heben, um aus jedem Schüler das Beste herauszukitzeln. Der Glaube daran, dass dies richtig und umsetzbar ist, eint alle Parteien, Politiker, Gewerkschaften und Elternvertreter. Darin sehe ich das Erfolgsgeheimnis finnischer Schulpolitik.

In Deutschland ist es eher verpönt, wenn man von Leistungsorientierung im Schulwesen spricht. Man geht davon aus, dass es unterschiedliche Schüler gibt, die in ihrer Individualität akzeptiert werden müssen.

In Deutschland ist man in der Gesellschaft, in den Schulen und in der Politik lange davon ausgegangen, dass es unterschiedliche Kinder mit unterschiedlichen, unveränderbaren Begabungen beziehungsweise Ausgangsbedingungen gibt. Pisa hat jetzt gezeigt, dass diese Ausgangsbedingungen sehr wohl zu ändern sind. Finnland ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie sowohl ein hohes Leistungsniveau als auch Chancengerechtigkeit zu erreichen ist. Das bedeutet, in Finnland ist es gelungen, Leistung von der sozialen Herkunft abzukoppeln und alle Kinder auf ein hohes Niveau zu bringen. Auch in andere Länder gelingt dies, zum Beispiel in Kanada. Daher müsste sich in Deutschland die Ansicht durchsetzen, dass Gleichheit und Leistung sehr wohl zusammen passen.

Und es muss eine neue Definition von Gleichheit gefunden werden. Lange Zeit dachte man, es reicht, alle Kinder in die gleiche Schule zu schicken und schon hat man irgendwie eine Gleichheit. Aber das ist falsch. Wenn ich von jedem ein möglichst hohes Niveau erwarte, dann bedeutet das auch Gleichheit. Aber dafür muss ich diese jungen Menschen auch fördern.

Wer ist für Sie maßgeblich verantwortlich für einen solchen Prozess der Neudefinition von Gleichheit? Schule, Politik, Gesellschaft oder Eltern?

Die Lehrer und das, was sie in der Schule umsetzen, ist natürlich ein entscheidender Punkt, aber was vorher passiert ist, ist wichtiger. Wie die Politik Leistung, Gleichheit und die Bildungsziele insgesamt festlegt, ist ein entscheidender Faktor. Aber Politiker richten sich letztendlich nach den Wählern. Sie können sich nicht exklusiv darauf verständigen, dass Leistung und Gleichheit ab jetzt zwei Seiten einer Medaille sind. Diese Überzeugung muss sich in der Gesellschaft durchsetzen, und dafür sind wir alle verantwortlich.

Das heißt, es können nicht nur einzelne Teile des Bildungssystems verändert werden, sondern es muss eine Systemveränderung stattfinden. Wenn wir jedoch noch einmal auf das finnische Beispiel sehen, was ist daraus auf Deutschland übertragbar?

Sehr reizvoll finde ich in Finnland, dass dort Familien-, Sozial- und Schulpolitik zusammengehören. Das heißt, die Bildungspolitik ist der Sozialpolitik untergeordnet. In Deutschland war das lange, eigentlich bis nach Pisa, umstritten. Hier ging man davon aus, dass Sozialpolitik und Bildungspolitik voneinander getrennt sein muss und dass man über Schulpolitik keine Sozialpolitik machen darf. Bildung war Privatsache, über die nur Eltern entscheiden. Ich denke, das Beispiel Finnland zeigt, dass der Staat doch mehr eingreifen muss. Bestimmte Probleme aus der Gesellschaft und den Familien werden in die Schulen hineingetragen und müssen von diesen aufgefangen werden. Durch die Verbindung von Familien-, Sozial- und Schulpolitik, die sich in den Gemeinschaftsschulen widerspiegelt, können soziale Probleme besser aufgefangen werden. Der finnische Staat fühlt sich verantwortlich, einzugreifen und direkt in der Schule Hilfen zu gewähren. In Deutschland ist Schule ein Ort zum Lernen, und Familie ist was anderes. Welchen Erfolg man bei der Zusammenführung beider Konzepte haben kann, können wir von Finnland lernen.

Das würde Schule nicht nur als Lehreinrichtung sondern als auch als Erziehungseinrichtung definieren.

Das ist hierzulande aber noch nicht akzeptiert. Lehren und Erziehen werden in Deutschland immer noch getrennt gesehen. Die Ergebnisse von Pisa zeigen jedoch, dass die soziale Herkunft ganz entscheidend ist für den Lernerfolg. Wenn man aber etwas für die Schwachen, Sozialschwachen und die Kinder, die den ganzen Tag vor dem Computer sitzen und keine andere Betreuung haben, ändern will, dann muss man auch Familienelemente in die Schule mit hineinbringen. Das zeigt auch die Debatte über Kinderarmut beziehungsweise Verwahrlosung von Kindern. Dennoch werde in Deutschland Schule- und Familienpolitik nicht zusammengebracht. Es wird zwar diskutiert, und es gibt auch schon Ganztagschulen, aber erstens werden diese noch von relativ wenigen Kindern besucht, und zweitens muss die

Qualität der Konzepte hinterfragt werden. Sitzen da wirklich schon Sozialpädagogen oder ist das nur eine Betreuung über Mittag.

Gesamtschulen gelten oft als die Lösung, um sozialschwachen Schüler oder Kinder mit Migrationshintergrund besser in die Gesellschaft zu integrieren. Was genau sollte aber Ihrer Meinung nach in den Gesamtschulen passieren, damit dieses Konzept aufgeht?

Ein großer Vorteil im finnischen System sind die Förderlehrer. Die Kinder lernen zwar zusammen, aber in jeder Schule achten Förderlehrer unter Rücksprache mit den Lehrern auf die Noten und den Entwicklungsstand jedes einzelnen Schülers. Wenn dann ein Schüler abfällt, können die Förderlehrer sofort Sonderhilfen oder Förderunterricht organisieren, so dass der Rückstand schnell wieder aufgeholt wird. In Deutschland dagegen gibt es in den meisten Gesamtschulen je nach Leistungsniveau unterschiedliche Kurse, so dass die Kinder zwar zusammen in die Schule gehen, aber dann doch wieder getrennt lernen. Gemeinsames Lernen mit Förderlehrern für die schwachen Schüler wäre noch einmal ein ganz anderer Ansatz von Gesamtschule.

Für Sie wäre also nur eine Gesamtschule, in der wirklich alle Kinder zusammen lernen, eine Grundlage dafür, dass alle Kinder integriert an der Gesellschaft teilnehmen können?

In Deutschland geht es immer sofort um diese Schulstrukturdebatte, die gibt es hier ja schon seit Ewigkeiten. Schon vor den ersten Pisa-Ergebnissen wurde die Schulstruktur in Deutschland diskutiert. Aber selbst SPD-regierte Bundesländer haben bisher die Gesamtschule nicht wirklich eingeführt. Man hätte auch andere Fördererlemente einführen können, zum Beispiel speziell für Hauptschulen. Aber auch hier herrscht keine Förderkultur. Wenn man Fördern will, dann muss man nicht gleich die Schulstruktur ändern, sondern Fördern kann man auch in einem anderen System. Ich denke allerdings auch, dass wir keine Lösung finden, solange wir noch in der Debatte stecken, welche Schulstruktur die Beste ist. Erst wenn diese Frage geklärt ist, können wir uns auf die wesentlichen Dinge konzentrieren. So wie in Finnland, wo man sich nicht mehr mit der Frage aufhält, welche Schulstruktur sie brauchen.

Wenn Sie von Fördermaßnahmen an den Schulen sprechen, dann kommt sicherlich schnell das Argument, dass diese viel zu teuer sind. Muss Deutschland denn mehr in die Bildung investieren oder reicht es, die Finanzierung umzustrukturieren?

Man müsste auf jeden Fall die Bildungsfinanzierung auf den Kopf stellen. Zurzeit wird für Gymnasien sehr viel ausgegeben und für die Grundschulen sehr wenig. Das liegt auch daran, dass Gymnasiallehrer besser bezahlt werden als Grundschullehrer. Eigentlich müsste es anders herum sein. Man müsste schon sehr früh anfangen, schwache Kinder zu fördern, damit die Schere zwischen guten Schülerinnen und Schülern und Zurückbleibern gar nicht erst aufgeht. Damit nicht gleich die Leistungsstarken aufs Gymnasium und die anderen auf die Hauptschule kommen. Insgesamt ist es ja so, dass Deutschland im internationalen Vergleich nicht weniger Geld für Schulbildung ausgibt. Finnland gibt zwar noch ein bisschen mehr aus, aber ich denke, eine Umstrukturierung der Finanzierung ist möglich. Indem man weniger Geld in die Gymnasien pumpt und dafür früh anfängt zu fördern, kann man viel erreichen.

Sehen Sie auch Aspekte im deutschen Bildungssystem, von denen andere europäische Ländern lernen könnten?

Die Grundschulen schneiden im internationalen Vergleich relativ gut ab. Testergebnisse von Iglu bestätigen, dass dort ein Ansatz verfolgt wird, der zu guten Lernergebnissen führt. Ich denke auch, dass wir im Geschichtsunterricht oder in anderen Fächern, in den viel diskutiert wird, eine gute Mentalität vorweisen können. Schüler, die in ein Auslandjahr gehen, erfahren immer wieder, dass wir in Deutschland eine gewisse Diskussionskultur in der Schule pflegen. Solche Dinge fallen nicht unter die Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben oder Rechnen, die von Pisa gemessen werden. Auch wenn ich dazu keine wissenschaftlichen Erkenntnisse habe, könnte ich mir vorstellen, dass Deutschland hier ein Vorbild ist. Ein anderer Punkt ist, dass

Deutschland seit der ersten Pisa-Studie in allen Bereichen Leistungssteigerungen verzeichnen kann. Damit zeigt Deutschland vorbildhaft, dass ein Schulsystem fähig ist, sich zu verändern. Das Potenzial ist also da.

Das Interview führte Franziska Wöllert.

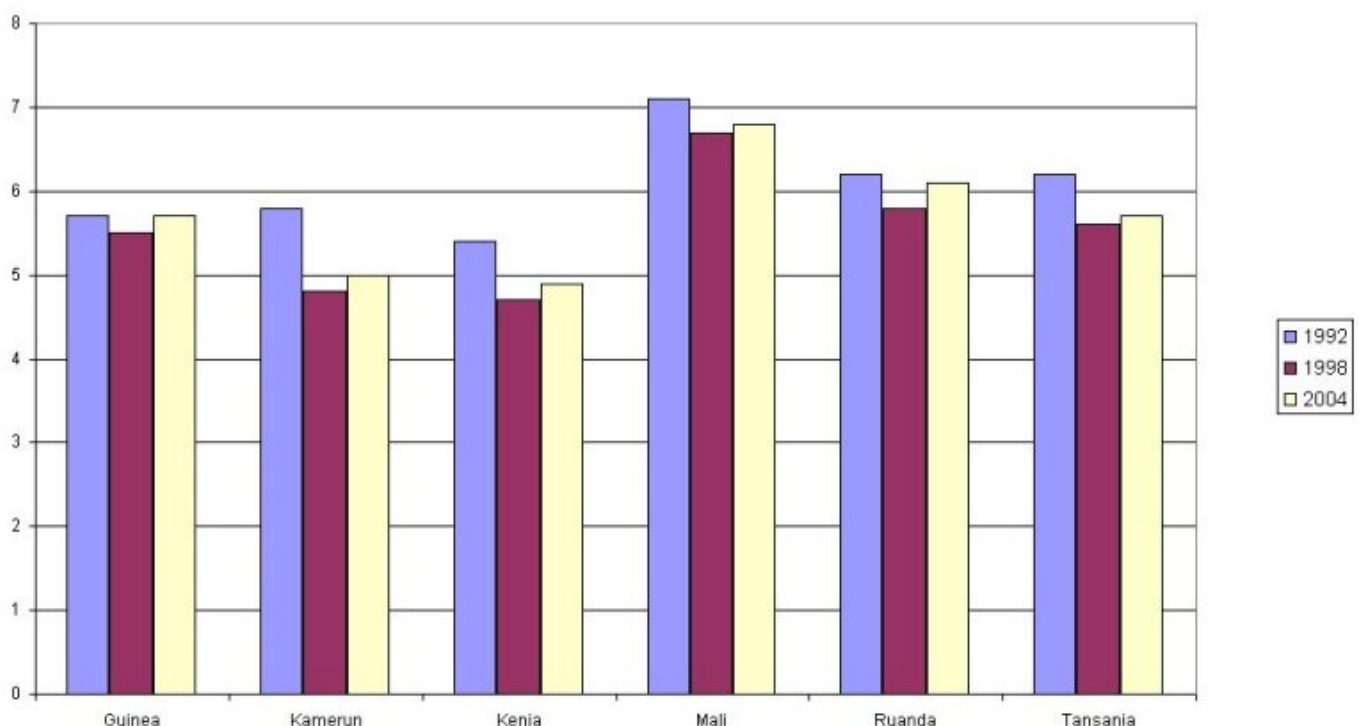
Nachdruck unter Quellenangabe (Franziska Wöllert / Berlin-Institut) erlaubt.

Weltweit sinkt die Kinderzahl pro Frau langsamer als erwartet Einige Länder Afrikas verzeichnen sogar einen leichten Fertilitätsanstieg

In den 1990er Jahren ist die Fertilität weltweit weniger schnell als noch in den vorangegangenen Dekaden gesunken. Während in den 1970er Jahren noch rund 4,5 Kinder pro Frau geboren wurden, liegt die entsprechende Zahl heute bei etwa 2,5. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der Rückgang der Nachwuchszahlen in Entwicklungsländern, in denen derzeit rund 80 Prozent der Weltbevölkerung leben.

Zunächst sanken die Fertilitätsraten in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in Asien und Lateinamerika. Zu Beginn der 1990er Jahre schien schließlich der Durchbruch auf dem afrikanischen Kontinent geschafft. Auch hier begannen die Kinderzahlen je Frau in den meisten Ländern merklich zurückzugehen. In Kamerun fielen sie beispielsweise binnen sechs Jahren von 5,8 auf ein Niveau von 4,8. Doch mittlerweile folgen einige afrikanische Länder nicht mehr dem gewohnten Muster. So stieg die Gesamtfruchtbarkeitsrate Kameruns zwischen 1998 und 2004 wieder von 4,8 auf 5,0 Kinder pro Frau an. Mit dieser Entwicklung ist Kamerun kein Einzelfall. Einen ähnlichen Fertilitätsanstieg verzeichnen beispielsweise Guinea, Kenia, Mali, Ruanda und Tansania.

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in ausgewählten Ländern



Der Vergleich verschiedener Demografie- und Gesundheitsstudien in einigen Ländern Subsahara-Afrikas zeigt, dass Afrikanerinnen wieder mehr Nachwuchs bekommen, nachdem zuvor die Fertilitätsraten bereits gesunken waren (Quelle: Demographic and Health Surveys nach Bongaarts 2008).

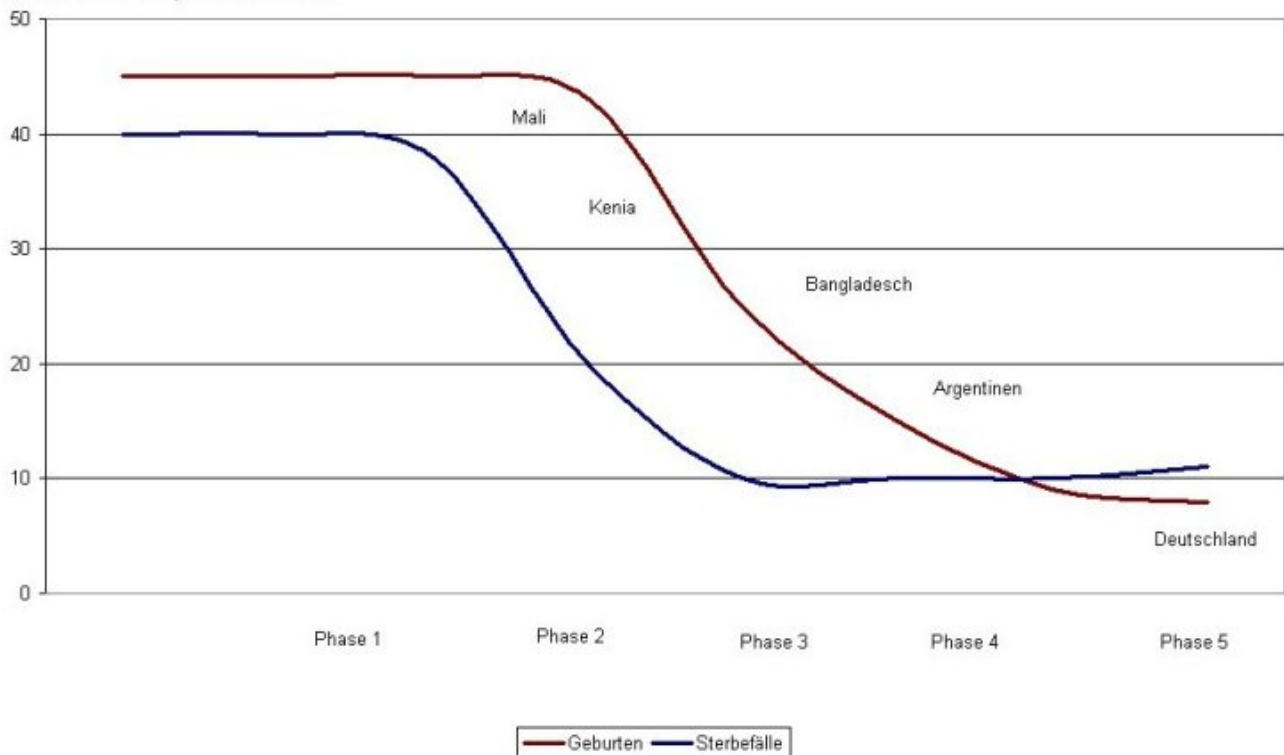
Kaum ein Experte hätte vermutet, dass in afrikanischen Ländern, in denen das Fertilitätsniveau noch deutlich über dem globalen Durchschnitt liegt, die Kinderzahlen wieder leicht ansteigen würden. Prognosen gingen stets davon aus, dass sie - wie einst in den Industrieländern - stetig sinken würden, um sich dann auf niedrigem Niveau einzupendeln.

Bleibt Afrika nun im ewigen Kreislauf eines geringen Entwicklungsstandes mit hohen Fertilitätsraten gefangen? Weil hier zum Teil deutlich mehr als 2,1 Kinder pro Frau geboren werden - jene Zahl, die eine stabile demografische Entwicklung ermöglicht - wird die Bevölkerung Afrikas bis auf weiteres wachsen. Selbst dann, wenn die Fertilität nach UN-Annahmen weiterhin sinkt. Berücksichtigt man jedoch die aktuellen Entwicklungen, wird es wahrscheinlich, dass in Subsahara-Afrika nicht die mittlere Variante, sondern die hohe Variante der UN-Bevölkerungsschätzungen Wirklichkeit wird: Jede afrikanische Frau bekäme dann im Jahr 2050 im Durchschnitt drei statt 2,5 Kinder. Mit all jenen negativen Folgen, die sich daraus für eine nachhaltige Entwicklung des Kontinents ergeben.

Eine Verlangsamung des Fertilitätsrückgangs in den 1990er Jahren gegenüber vorangegangener Dekaden konnte ferner in einigen Ländern Asiens (etwa in Bangladesch) und in Lateinamerika beobachtet werden. Worin sich die betroffenen Länder Lateinamerikas und Asiens aber im Wesentlichen von manchen afrikanischen Ländern unterscheiden, ist, dass die Geburtenraten dort in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs bereits deutlicher als in Afrika gesunken sind. Diese Länder befinden sich inmitten des demografischen Übergangs. Die durchschnittliche Kinderzahl liegt dort bei etwa drei Kindern pro Frau, wobei auch hier der Fertilitätsrückgang stagniert. Einige der afrikanischen Länder verzeichnen dagegen eine wesentlich höhere Kinderzahl und haben die mittlere Transformationsphase längst noch nicht erreicht.

Modell des Demografischen Übergangs

Geburten/ Sterbefälle pro 1000 Einwohner



Die Geburten- und Sterberaten verzeichnen die höchsten Werte auf dem afrikanischen Kontinent. Asiatische und lateinamerikanische Länder wie Bangladesch oder Argentinien haben daher bereits die spättransformative Phase des demografischen Übergangs erreicht, während viele Länder Subsahara-Afrikas

noch am Anfang der Transformation stehen (Quelle: UN (2007): World Population Prospects: The 2006 Revision).

Da das Bevölkerungswachstum eng mit der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes verknüpft ist, werden die Geburtenraten nur langfristig global weiter sinken, wenn wirtschaftliche und soziale Fortschritte erzielt werden. In Niger ist die Gesamtfruchtbarkeitsrate, die Mitte der 1990er Jahre leicht gestiegen war, wieder gefallen, nachdem sich die Lebensbedingungen dort verbessert hatten. Mit ähnlichen Entwicklungen rechnen Experten in den anderen Ländern des Kontinents - wann daraus jedoch ein allgemeiner Trend wird, bleibt vorerst abzuwarten.

Es gibt verschiedene Erklärungen für die Verlangsamung des Fertilitätsrückgangs, die Entwicklungsländer unterschiedlichster Regionen betrifft. Mangelnde Fortschritte in der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes, ein niedriger Bildungsstand - insbesondere von Frauen - sowie eine nach wie vor hohe Kinder- und Säuglingssterblichkeit können dazu führen, dass die Wunschkinderzahl über dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern pro Frau bleibt. Im Falle Kenias konnte nachgewiesen werden, dass der erneute Fertilitätsanstieg mit einem Absinken des Bruttoinlandprodukts, einer steigenden Kindersterblichkeit und sinkender Einschulungsrate zusammenhängt. Auch durch das von der Aids-Epidemie bedingte erhöhte Sterberisiko könnte sich die Wunschkinderzahl eines Paares erhöhen - dann nämlich, wenn es befürchtet, seine Kinder könnten dem HI-Virus zum Opfer fallen.

Aus demografischer Sicht wäre der so genannte Tempo-Effekt zu nennen, nach dem ein Anstieg im durchschnittlichen Gebäralter dazu führt, dass Geburten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Die Geburtenzahlen sinken also zunächst, weil sich Paare entscheiden, später Kinder zu bekommen. Wenn dies dann zeitversetzt geschieht, steigen die Geburtenraten zwangsläufig wieder leicht an. Dieser Tempo-Effekt lässt sich unter anderem für Bangladesch, Ägypten, Mexiko und den Sudan nachweisen.

Als politische Ursache werden fehlende Investitionen in Familienplanungsprogramme diskutiert. Diese aber wären, angesichts des in vielen Ländern nach wie vor hohen ungedeckten Bedarfs an Verhütungsmitteln, dringend geboten. Doch als isolierte Antwort auf hohes Bevölkerungswachstum reichen Investitionen in Familienplanung nicht aus. Viel mehr ist es wichtig, die sozioökonomische Entwicklung eines Landes zu fördern. Vor allem Bildung und der Status von Frauen in einer Gesellschaft wirken sich entscheidend auf die Wunschkinderzahl aus. Nicht umsonst gilt in der Entwicklungspolitik Bildung als bestes Mittel zur Verhütung. In diesen Bereichen bilden afrikanische Staaten jedoch international das Schlusslicht. Gegenwärtig gehören alle 21 Nationen, die von der UN als Länder mit niedrigem Entwicklungsstand klassifiziert werden, der Region Subsahara-Afrika an.

Literatur

[Bongaarts, John \(2008\): Fertility Transition in Developing Countries: Progress or Stagnation? Working Paper No.7 2008.](#)

[Bongaarts, John \(2006\): The Causes of Stalling Fertility Transitions. Working Paper No. 204 2005.](#)

Bongaarts, John (1999): The fertility impact of changes in the timing of childbearing in the developing world, in: Population Studies 53 (1999): 277-289.

[Shapiro, David/Gebreselassie, Tesfayi \(2007\): Fertility transition in sub-Saharan Africa: Falling and stalling. Revised version of paper presented at the Annual Meeting of the Population Association of America, New York, March 29-31, 2007.](#)

[United Nations \(UN\) \(2007\): World Population Prospects: The 2006 Revision. Department of Economic and Social Affairs. New York.](#)

UNDP (2007): Human Development Report 2007/2008. Fighting climate change: Human solidarity in a divided world. New York.

Westoff, Charles F./ Cross, Anne R. (2005): The Stall in Fertility Transition in Kenya.

Deutsche Eltern-Rollenbilder ändern sich Taugt Frankreich als familienpolitisches Vorbild?

Die Berliner Filmemacherin und Professorin Helke Sander hat die K-Frage - Kind oder Karriere? - einmal als das Kernanliegen der Frauenbewegung von 1968 identifiziert. Und sie ist es offenbar bis heute: So greift die Autorin Tanja Kuchenbecker im polemisch zugespitzten Titel ihres Buchs "Gluckenmafia gegen Karrierehühner" das Dilemma auf, reproduziert aber leider ein typisches Manko der Diskussionen: Die Aufmerksamkeit richtet sich immer noch vor allem auf die Frauen, nicht gleichermaßen auf die Männer. Das entspricht zwar der traditionellen deutschen Verteilung von Familienarbeit und den bestehenden Strukturen, nicht aber den sich wandelnden Rollenbildern im modernen Europa. Es sind aber nicht die "Grabenkämpfe" zwischen Frauen, die dafür verantwortlich sind, dass Deutschland von einer Gleichberechtigung der Geschlechter so weit entfernt und die Geburtenrate so niedrig ist.

Wenn Kuchenbecker im Untertitel verspricht, zu zeigen, wie "das Familiendilemma" zu lösen wäre, so macht das neugierig. Sie liefert einen persönlichen Erfahrungsbericht aus ihrer Wahlheimat Frankreich, das innerhalb Europas fast die höchste Geburtenrate zu verzeichnen hat und als Referenz nicht aus den deutschen familienpolitischen Debatten wegzudenken ist, sowie Zahlen und Ergebnisse wissenschaftlicher Studien. Darüber hinaus geht Kuchenbecker auf die aktuellen Debatten zur Familienpolitik in Deutschland und Frankreich ein.

Die Stichworte zu diesem Thema - Frankreich, Krippe, Bildung - sind in den deutschen Medien alle schon gefallen. Aber manche Dinge kann man nicht oft genug wiederholen, damit sie irgendwann ernsthaft diskutiert werden. Kuchenbecker macht es sich allerdings etwas einfach, wenn sie den französischen Müttern pauschal den Drang nach Selbstverwirklichung und den deutschen Müttern Opferbereitschaft unterstellt - und dabei offen lässt, welche Generation, welchen Bildungsgrad sie dabei vor Augen hat. Die Autorin sieht in Deutschland eine klare Front zwischen der "Gluckenmafia", wie sie die Vertreterinnen des herkömmlichen Familienbilds bezeichnet, und den "Karrierehühnern", den berufstätigen, kinderlosen Frauen. Die gesellschaftlichen Strukturen und das von der Politik bevorzugte Lebensmodell der Versorgungsehe mache es schwierig, die Mutterrolle zu erfüllen und erwerbstätig zu sein.

In Frankreich dagegen sind berufstätige Mütter selbstverständlich. Trotz höherer Familienleistungen werden in Deutschland weniger Kinder geboren als in Frankreich, wo die Infrastruktur für die Betreuung der Kleinen weit besser entwickelt ist. Schon seit 1945 sind in Frankreich die Steuern nicht nur vom Einkommen, sondern auch von der Zahl der Familienmitglieder abhängig. Seit 1972 gibt es einkommensabhängige Zuschüsse für Kinder unter drei Jahren, für die Kinderbetreuung und als Beihilfe. Seit kurzem ist zudem die Hälfte der Betreuungskosten (bis zu einer Steuerersparnis von maximal 5.000 Euro) absetzbar. Zusätzlich gibt es ein einkommensunabhängiges Elterngeld für Väter (das allerdings nur zwei Prozent von ihnen in Anspruch nehmen) oder für Mütter in Höhe von 524 Euro pro Monat für drei Jahre sowie einen garantierten kostenlosen Vorschulplatz für Drei- bis Sechsjährige.

Erziehung wird in Frankreich als staatliche Aufgabe und als Mittel zur Chancengleichheit für sozial schwache Familien betrachtet. In Deutschland dagegen gilt sie aus historischen Gründen als Privatsache - die braune und die DDR-Vergangenheit lassen grüßen. Die französische Familienpolitik gibt das Signal, dass Kinder erwünscht sind, wobei sie die Lebensvorstellungen der Eltern einbezieht. Die Qualität der kollektiven Erziehung ist in Frankreich vor allem durch die Ausbildung der Erzieher und durch einen Betreuerschlüssel gewährleistet: Je nach Alter ist ein Betreuer für vier bis sieben Kinder zuständig, in den Vorschulen sind es jedoch nur noch ein bis zwei für 25 Kinder.

Kuchenbecker nennt viele Beispiele, an denen sich die kulturellen Unterschiede beobachten lassen, zum Beispiel dass in Frankreich 80 Prozent der Frauen und in Deutschland nur 30 Prozent unter Betäubung des Rückenmarks entbinden, dass der Mutterschutz in Frankreich nur drei, nicht sechs Monate dauert, dass in Frankreich den Müttern empfohlen wird, so kurz wie möglich und in Deutschland so lang wie möglich zu pausieren. Die Autorin zitiert eine Studie aus dem Jahr 2006, nach der in Deutschland 43 Prozent der Frauen in den alten Bundesländern glauben, dass Vorschulkinder darunter leiden, wenn die Mutter arbeitet. In der DDR waren Frauen selbstverständlich berufstätig, entsprechend sind in den neuen Bundesländern nur 23 Prozent dieser Ansicht - das deckt sich beinahe mit dem französischen Wert von 22 Prozent.

Aber die Vorstellungen wandeln sich auch in Gesamtdeutschland: Eine andere Studie kam zu dem Ergebnis, dass nur noch 14 Prozent in den alten und sogar nur vier Prozent der Familien in den neuen Bundesländern nach dem Modell des männlichen Ernährers leben wollen. Die Politik hinkt hier also deutlich den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger hinterher. Teilzeitarbeit ist für die Frauen, die gerne einer bezahlten Arbeit nachgehen und Kinder haben wollen, ein Mittelweg zwischen Berufstätigkeit und Vollzeitbetreuung. Die gegenwärtigen deutschen Debatten um Kinderlosigkeit und Fachkräftemangel bieten diesen Müttern die Chance, politischen Druck auszuüben und Kindertagesstätten statt finanzieller Unterstützung, etwa mehr Kindergeld, zu fordern.

Kuchenbecker zufolge wird der gesellschaftliche Druck in Deutschland vor allem von jeweils unbeteiligten Frauen aufgebaut: Die Teilzeitmütter stellen die Vollzeitmütter in Frage, darauf reagiere die "Gluckenmafia" und rede den halben oder ganzen "Karrierehühnern" Schuldgefühle ein. Dass der Konflikt der Teilzeitmütter aber nicht Folge der Missgunst anderer Frauen, sondern der gesellschaftlichen Strukturen und der deutschen Familienpolitik ist, übersieht die Autorin. Die sozialen Rollenbilder werden schließlich von Frauen und Männern aufgebaut - und in der deutschen Politik dominiert hier fraglos, einer Kanzlerin und einer Familienministerin zum Trotz, ein traditionelles Muster.

Die französische Gesellschaft sei toleranter, so Kuchenbecker, keine Familienstruktur, kein Lebensmodell werde bevorzugt oder benachteiligt, die K-Frage stelle sich den Frauen dort nicht. Stimmt das? Die Autorin, die an anderer Stelle, wenn auch in leiseren Tönen, Frankreich mangelnde Geschlechtergerechtigkeit attestiert, etwa wenn es um Gehaltshöhe oder Aufstiegschancen geht, stellt dazu bei ihrem Urteil keinen Zusammenhang her. Sie spielt dadurch herunter, dass französische Frauen durch Kinder durchaus Einschränkungen ihrer Karrieremöglichkeiten in Kauf nehmen - oder dass ihre Karriere auf Kosten der Kinder geht. Auch Frankreich besitzt noch Potenzial, die Familienpolitik zu verbessern.

Das Bestreben, Geschlechterrollen aufzulösen und dadurch individuelle Spielräume zu eröffnen, für das etwa die skandinavischen Länder Vorbild sind, tut Kuchenbecker als ideologisch ab. Damit widerspricht sie sich selbst, denn zuvor hat sie doch für mehr Freiheit und offene Rollenbilder plädiert. Das bringt auf dem Weg zu Geschlechtergerechtigkeit nicht weiter, weder Frauen noch Männer.

Kuchenbecker schreibt in der Ich-Form, und insbesondere durch das Schlusskapitel, in dem sie "Tipps für Kind und Karriere" für Mütter - wieso eigentlich nicht auch für Väter? - bereitstellt, erhält ihr Buch einen Ratgebercharakter. Allerdings bewegen sich die Tipps in ihrer Schlichtheit eng an der Grenze zu therapeutischer Lebenshilfe: "Nicht jedes T-Shirt muss gebügelt werden, nicht jedes Fenster immer akkurat geputzt sein." Dieser Hinweis wird der Komplexität der Anforderungen zwischen Beruf und Familie sicherlich nur bedingt gerecht. Der Ton des gesamten Buchs, der sich als engagiert-kritisch, weniger wohlwollend aber auch als besserwisserisch-zänkisch interpretieren ließe, trägt eher zur Verschärfung der Lagerkämpfe und zur Entstehung von Zickenkriegen bei, statt diese zu beenden.

[Tanja Kuchenbecker: Gluckenmafia gegen Karrierehühner. Schluss mit den Grabenkämpfen. So lösen wir das Familiendilemma. Campus, Frankfurt am Main 2007.](#)

Auf einen Blick

Wohin öffentliche Entwicklungshilfegelder fließen

Rund 107 Milliarden US-Dollar stand der öffentlich geförderten Entwicklungshilfe weltweit im Jahr 2005 zur Verfügung. Die vier größten Geber (USA, Japan, die Europäische Kommission und Großbritannien) brachten zusammen die Hälfte dieser Summe auf. Deutschland folgte mit einem Anteil von sieben Prozent auf Platz fünf. 20 Prozent der Gelder flossen in den Irak, sechs nach Nigeria und drei nach Afghanistan.

Zu der so genannten Official Development Assistance (ODA), der öffentlichen Entwicklungshilfe, zählt der Entwicklungsausschuss der [OECD](#) alle staatlichen Leistungen, die an Entwicklungsländer vergeben werden und das Ziel verfolgen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes zu fördern. Anrechenbar sind unter anderem Beiträge an multilaterale Entwicklungsorganisationen, Darlehen mit einem Zuschusselement von mindestens 25 Prozent, Schuldenerlasse und entwicklungsländerbezogene Ausgaben des Geberlandes beispielsweise für Forschung oder Verwaltung. Berücksichtigt werden ausschließlich die Nettoleistungen eines Gebers. Rückflüsse, wie die Tilgung von Darlehen, werden somit von der ODA abgezogen.

Umfassende Zahlen zur weltweiten ODA bis zum Jahr 2005 enthält die kürzlich von der OECD herausgegebene Publikation mit dem Titel "Development Aid at a Glance 2007. Statistics by Region". Das Buch lässt mühelos auf den ersten Blick erkennen, welche Länder wie viel öffentliche Entwicklungshilfe erhalten beziehungsweise geben. Aus zahlreichen Tabellen und Grafiken lässt sich unter anderem ersehen, wie hoch der ODA-Anteil bestimmter Sektoren ist oder wie viel Prozent der ODA Nothilfe und Schuldenerlasse ausmachen. Unterteilt nach Kontinenten beinhaltet jedes Kapitel Zahlen zu den wichtigsten Gebern, Empfängern und Sektoren. Zusätzliche detaillierte Daten sind zu den stark an den Millennium Entwicklungszielen angelegten Sektoren Gesundheit, Bildung und Wasser aufgeführt. Jede Tabelle und jede Grafik ist mit dem entsprechenden Link zur ihrer Quelle in der Statistikdatenbank des Entwicklungsausschuss der OECD versehen, aus der man die entsprechenden Daten in Excel-Format herunterladen kann. Ein kurzer Text fasst in jedem Kapitel die wichtigsten Erkenntnisse aus den Daten zusammen.

OECD (2007): Development Aid at a Glance, 155 Seiten, 24 Euro.

Erhältlich beim

UNO-Verlag

August-Bebel-Allee 6

53175 Bonn

Tel.: 0228/ 949029; Fax: 0228/ 9490222

E-Mail: oezd@unoverlag.de

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum

BLZ 250 601 80

Konto 20 28 64 07

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz

E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org

Telefon: 0 30-22 32 48 45